

Gemeinderatssitzung vom 5. September 2011

Genehmigung eines Beitrages an die Prävention und dezentrale Drogenhilfe

Sehr geehrter Präsident
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
werte Anwesende

Die genannten Trägerschaften haben im Laufe der Zeit das nötige Instrumentarium für die Prävention und Hilfe im Bereich des Drogenmissbrauchs entwickelt und einsetzen können.

Die Trägerschaften bleiben in ihrer Entwicklung nicht stehen, sondern überprüfen ihr Instrumentarium und passen es wo nötig an. So steht heute ein vielfältiges und gefragtes Instrumentarium zur Verfügung.

Im Jahre 2007 wurde der Leistungsauftrag um die Gewaltprävention erweitert. Das Mobbing via Internet-Medien, als eine der Schattenseite des Internets, ist in dieser Betrachtung ebenfalls enthalten. Diese Art des Mobbings ist zurzeit in den Schulen akut. Dies als Beispiel, dass die Trägerschaften ihr Angebot den aktuellen Herausforderungen anpassen.

Unsere Fraktion ist dankbar für die Leute, die diese Arbeit leisten, sie ist anspruchsvoll. Zwar ist es betrüblich, dass diese Arbeit überhaupt vonnöten ist, doch die jüngsten Ereignisse in Norwegen haben uns vor Augen geführt, wie wichtig diese Arbeit ist und dass wir nicht darauf verzichten können.

Dazu kommt, dass die Gemeinden gemäss den kantonalen Vorgaben verpflichtet sind, das Drogenmilieu nicht sich selbst zu überlassen. Bei der Gewaltprävention scheint dies nicht oder noch nicht der Fall zu sein, zumindest leistet der Kanton dazu keinen finanziellen Beitrag.

Im vorliegenden Fall macht es keinen Sinn das Bestehende fortzuwerfen und etwas Neues zu entwickeln, die GLP/EVP-Fraktion stimmt deshalb der Beitragsverlängerung bis zum Jahre 2015 zu.

Peter Wüthrich
EVP-Gemeinderat